



Liberaler Argumente

Freie
Demokraten

im Landtag
Rheinland-Pfalz **FDP**

Finanzausstattung der Kommunen

Gründe für die hohen Kassenkredite in Rheinland-Pfalz

- Grundsätzlich werden Kassenkredite natürlich durch das niedrige Zinsniveau begünstigt. Aber auch dadurch, dass solche Kreditgeschäfte für die Banken trotz der schwachen Margen äußerst attraktiv sind. Denn aufgrund der faktischen Einstandspflicht der Länder liegt das Ausfallrisiko für Kassenkredite bei Null.
 - Entschuldungsfonds zur Reduzierung der Liquiditätskredite
 - ◆ Rund 79 Mio. EUR jährlich als Entschuldungshilfe bis 2026
 - ◆ Seit 2012: 775 Mio. EUR
 - ◆ Ohne diese Finanzhilfe wäre der Betrag der Liquiditätskredite um 1,16 Mrd. EUR höher
- Der starke Anstieg der Kassenkredite in Rheinland-Pfalz ist zu einem nicht unerheblichen Anteil auf die kleinteilige Verwaltungsstruktur zurückzuführen. Ein Umstand, den auch die Bertelsmann-Studie explizit ausweist. Deutschlandweit sieht nur Schleswig-Holstein mit den Ämtern eine ähnliche unterste Verwaltungseinheit vor wie die Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz.
 - Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR)
 - ◆ Mit der zweiten Stufe der KVR setzt die Landesregierung gezielt an der besonderen Verwaltungsstruktur an und arbeitet kontinuierlich daran die Verwaltungskraft und die Wirtschaftlichkeit der Kommunen zu stärken.
 - ◆ Ziel ist es, die Aufgaben der unmittelbaren Landesverwaltung und des kommunalen Bereichs kritisch zu analysieren und die kommunalen Gebietsstrukturen weiter zu optimieren.
 - ◆ Dieser Prozess wird nicht immer einfach sein und ist sicher mit vielen, teils sehr emotionalen, Gesprächen und umfassenden Diskussionen verbunden. Dennoch ist dies im Interesse der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger. Wir stellen uns dieser Herausforderung.
 - ◆ Selbstverständlich ist auch die Landesregierung im Sinne eines konstruktiven Prozesses an einem regen Austausch interessiert und baut auf die Kooperationsbereitschaft der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.
- Doch können auch die Kommunen selbst nicht ganz aus der Pflicht genommen werden.
 - Sei es auf der Einnahmenseite im Rahmen einer effizienten Hebesatzpolitik. Unbestritten der Zusicherung einer Mindestfinanzausstattung ist es auch an den Kommunen gelegen, die eigenen Steuerquellen nicht nur zu pflegen, sondern auch auszuschöpfen. Eine Entscheidung, die allerdings als Ausdruck der kommunalen Selbstverwaltung, den Kommunen selbst überlassen werden muss.
 - (Oder im Rahmen einer differenzierten Aufgabenkritik, der sich jede Gemeinde stellen muss, um langfristig Ausgaben zu reduzieren.



Liberaler Argumente

Freie
Demokraten

im Landtag
Rheinland-Pfalz **FDP**

Vorwurf: zu viele Kita-Plätze

- Der Vorwurf, das Land Rheinland-Pfalz biete zu viele Kita-Plätze an, beruht auf einer recht eindimensionalen Betrachtung im Bericht des Rechnungshofs. Generell ist Rheinland-Pfalz ein sehr heterogenes Land, sei es in Bezug auf die Verteilung seiner Einwohner, der Steuerkraft und eben auch auf den Bedarf an Kita-Plätzen.
- Es mag sein, dass mancherorts das Platzangebot für Ganztagsbetreuung nicht ausgenutzt wird. Allerdings lassen sich daraus nur bedingt allgemeine Schlussfolgerungen ziehen. Zu Recht wird auf diesen Umstand innerhalb des Berichtes hingewiesen. Auch hier spielt die „räumliche Situation“ erneut eine große Rolle.
- Darüber hinaus sind die Aufgaben der Kitas gewachsen und vor allem anspruchsvoller geworden. Neben der Betreuung und Erziehung stehen die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas heute vor der Herausforderung, frühkindliche Bildung zu vermitteln und zudem Kinder aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen mit fehlenden Deutschkenntnissen zu integrieren. Gerade diese Kinder bedürfen oft besonderer Aufmerksamkeit, so dass auch eine Betreuung in kleineren Gruppen kein Schaden ist.
- Die Bertelsmann Stiftung weist eine Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren von 30 Prozent aus. Damit liegt Rheinland-Pfalz in Westdeutschland auf Platz 2 und unter den Flächenländern im guten Mittelfeld. Wobei man bei diesen Zahlen natürlich bedenken muss, dass in Ostdeutschland die Kindertagesbetreuung historisch gewachsen und daher das Ausgangsniveau deutlich höher ist.

Die Landesregierung wird die bestehenden Unterschiede als Ansatzpunkt für die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes aufgreifen, um nach dem schnellen Ausbau eine Bestandsaufnahme durchzuführen und die Qualität zu verbessern.

Zur Finanzsituation der Kommunen allgemein:

- Zum einen ist bei der Finanzausstattung der Kommunen immer das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben zu beachten und mit der Situation des Landes zu vergleichen.
- Zum anderen spielen auch die Anteile der Kommunen an den Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen eine wichtige Rolle um die Finanzausstattung zu beurteilen:
 - Vergleiche der beiden Größen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass von 2002-2012 die Kommunen relativ besser mit Finanzmitteln ausgestattet waren, als das Land. Der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes war höher als der an den Ausgaben des Landes.
- Seit der Einführung der finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen C werden Soziallasten zusätzlich bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen berücksichtigt. Daher ist bei Neuberechnung der Verteilungslasten im Rahmen der Evaluierung des KFA Ende dieses Jahres mit einer weiteren Verbesserung zumindest für die Landkreise zu rechnen.
 - Allerdings ist nicht bekannt, wie sich dieses Verhältnis durch die Flüchtlingskrise verändert hat.
 - Bei Evaluierung des KFA soll daher vor allem die starke Belastung durch Sozialausgaben für die Träger der örtlichen Sozialhilfe, die Kreise und kreisfreien Städte, im Fokus stehen.